

NZZ am Sonntag

Jean-Claude Juncker

Pathos von gestern gefährdet die EU von morgen

Als EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor einem Jahr seine Rede zur Lage der Union hielt, schien die EU kurz vor dem Untergang zu stehen. Inzwischen hat die Konjunktur angezogen, nationale Wahlen verliefen für die EU besser als befürchtet, und wenn Angela Merkel in Deutschland weiterregiert, ergibt sich ein Zeitfenster, um die noch immer gesplattene EU zu reparieren. Wie? Jedenfalls nicht so, wie es Juncker diese Woche in seiner Rede zur Lage der Union getan hat - mit Pathos und Einfallslosigkeit. Als Rezept gegen die Krise der EU empfahl er, was EU-Funktionäre seit je empfehlen: mehr EU. Zum Beispiel beim Euro. So müssten möglichst viele EU-Länder möglichst bald den Euro übernehmen, «wenn wir wollen, dass der Euro den Kontinent eint statt spaltet». Notfalls müsse man die Länder mit Subventionen in den Euro bringen. Juncker tat so, als habe es die Diskussionen der letzten sieben Jahre nie gegeben. Ist das zwanghaftes Verhalten? Hartnäckige Verdrängung? Oder versucht er die anstehende Debatte mit inhaltlich weitgehenden Vorschlägen taktisch so zu formen, dass nüchternere Kritiker schnell als Kleinkrämer unter Nationalismusverdacht geraten? Es ist jedenfalls das falsche Rezept. Die EU von morgen braucht nicht Pathos, sondern Realitätssinn und vielleicht sogar den Mut zu weniger EU. (tis.)

Schweizer Luftwaffe

Unfallserie erfordert dringend eine seriöse Abklärung

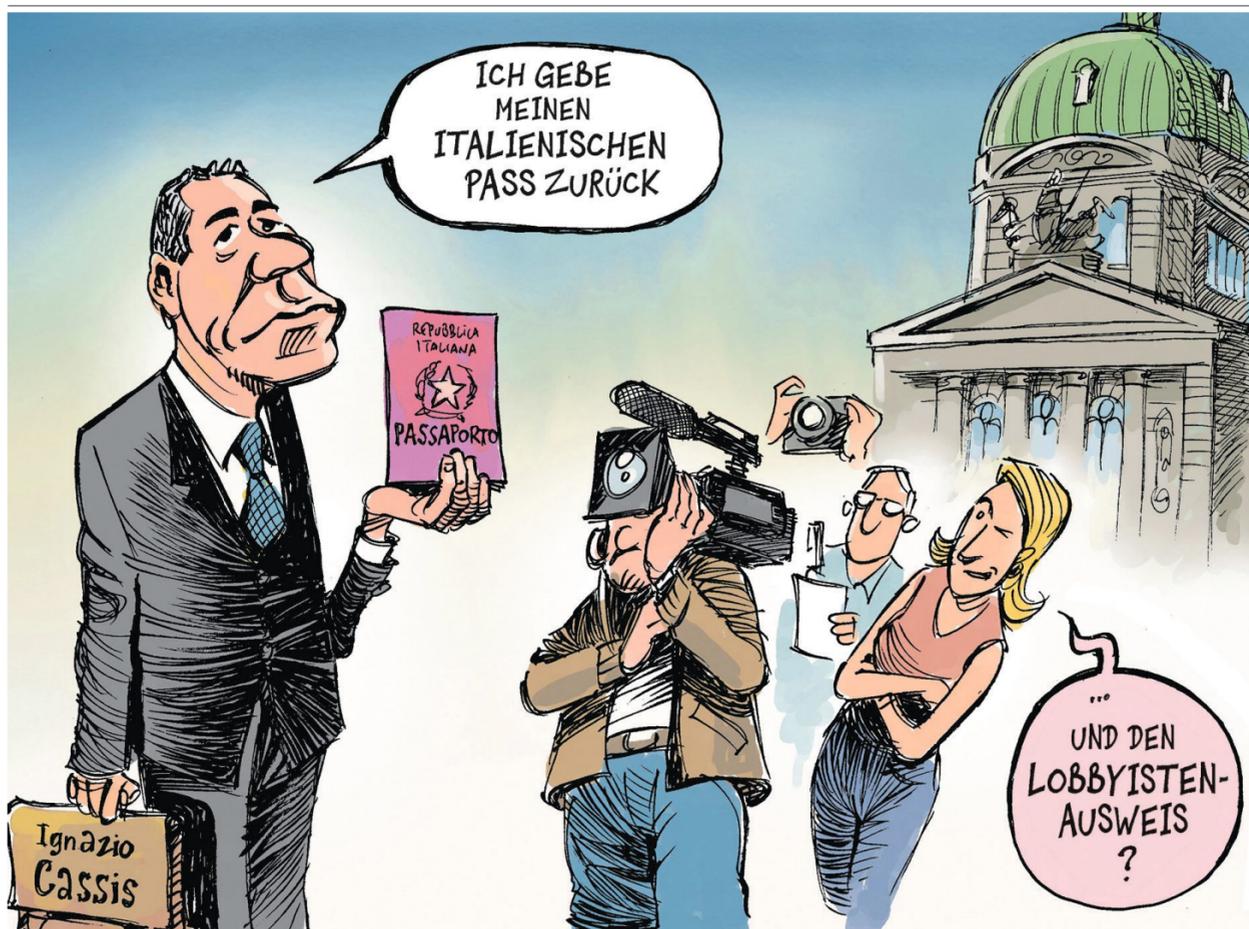
Am Dienstag stürzte eine PC-7 der Luftwaffe am Schreckhorn (BE) ab; der Pilot konnte nur noch tot geborgen werden. Damit setzt sich eine auffällige Serie schwerer Flugunfälle fort, die 2011 begann, sechs Menschenleben und mit dem Verlust von sieben Flugzeugen auch Dutzende Millionen kostete. Mit mittlerweile einiger Routine wickelt das VBS jeweils die Information der Öffentlichkeit ab und versichert stets, es handle sich bei dieser Serie um eine tragische Häufung von Einzelfällen. Doch mit jedem neuen Absturz glaubt man dieser Verteidigungsstrategie weniger. Zu häufig sind die Unfälle, zu haarsträubend zuweilen die Fehler, die ihnen zugrunde liegen, als dass man einfach mit der Begründung «tragischer Einzelfall» zur Tagesordnung übergehen könnte. Die US-Pazifikflotte hat kürzlich nach einer Reihe von Zwischenfällen den Kommandanten abgesetzt, einen Tag Basistraining auf allen Schiffen und eine gründliche Untersuchung angekündigt. Nun fordert niemand den Kopf von Luftwaffenkommandant Aldo Schellenberg. Aber eine rigorose Evaluation von Ausbildung, Trainingsstand und Einsatzdoktrin der Luftwaffe durch externe Experten wäre das Mindeste, was das VBS nach dem jüngsten Unfall anordnen müsste. (fem.)

Raumsonde Cassini

Ein Vorbild tritt würdig ab

«Roboter bedrohen die Menschheit!» Wir können die Warnrufe nicht mehr hören, zumal es Maschinen gibt, die ein nach menschlichen Massstäben vorbildliches Leben führen. Die Raumsonde Cassini etwa wurde 1997 von der Nasa losgeschickt, um den Saturn zu erforschen. Zuverlässig hat sie ihre Aufgabe zwanzig Jahre lang erfüllt. Neugierig beobachtete Cassini die Saturnmonde und lieferte bahnbrechende Erkenntnisse. Furchtlos stiess sie in die Gefahrenzone um die Ringe des Planeten vor. Rücksichtsvoll holte sie in Gravitationsfeldern Schwung und kam darum mit wenig Treibstoff aus. Am Freitag ist die Sonde in der Atmosphäre des Saturn verglüht. «Mission accomplished», schrieb die Nasa. Und wir sagen: «Danke, Cassini!» (bis.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Die allerheiligste Kuh in der Schweiz ist die Bildung

Kürzt der Staat die Bildungsausgaben, geht das Land deswegen noch lange nicht unter. Für die Finanzierung gibt es ja auch noch das Verursacher- und das Wettbewerbsprinzip, meint Peter V. Kunz

Traditionellerweise gibt es in der Schweizer Politik wohl keine Kuh, die so heilig ist wie die Bildung - vergleichbar sind fast nur Armee, Landwirtschaft und Verkehr. Es gehört darum auch ganz selbstverständlich zum Mantra von Bildungslobby und Bildungsindustrie (zu der auch ich gehöre), sich für Bildungsoffensiven sowie für Gratisbildung auszusprechen. Sich nicht politisch korrekt zu äussern, ist heikel. Ich mache es trotzdem. Wenn es um die Finanzierung des schweizerischen Bildungssystems geht, wird jeweils entspannt zum Staat geschaut, der als Hauptfinanzier auftritt. Deshalb sind die Volksschulen unentgeltlich, ähnlich verhält es sich mit den meisten Mittelschulen, und bei den Hochschulen entsprechen die Studiengebühren pro Tag etwa dem Preis eines halben Päckchens Zigaretten. Diese Tatsachen werden zu wenig geschätzt von Schülern, Studierenden, Eltern, Lehrern und Professoren. In der Schweiz leben wir in einem Bildungsparadies!

Dies wird nicht ewig so weitergehen. Dass weder staatliche Ressourcen noch der Goodwill der Bevölkerung unbeschränkt sind, auch im Bildungsbereich, sollte lieber früher als später erkannt werden. Es geht heute nicht mehr nur darum, dass die Bildungskosten weniger wachsen, sondern dass sie sogar gesenkt werden könnten. Der Bundesrat plant - unter dem Aufschrei von Medien und Bildungspolitikern - eine eigentliche Kürzung bei den Bildungsausgaben, was nicht allein die ETH, sondern ebenso kantonale Hochschulen treffen wird.

Aber würde ein solcher Paradigmenwechsel wirklich das Ende der Schweiz und ihres angeblich einzigen Rohstoffes bedeuten? Verlieren wir unseren zentralen Standortvorteil, wenn der Staat seine Ausgaben im Bildungsbereich ebenfalls kritisch hinterfragt? Ich persönlich denke: Nein. Allfällige Kürzungen von Staatsausgaben führen nicht zwangsläufig zu einer Bildungsdefensive. Sozusagen als Gegenmassnahmen sollten

wir zwei liberale Grundprinzipien zur Finanzierung im Bildungsbereich vermehrt zur Anwendung bringen: das Verursacherprinzip sowie das Wettbewerbsprinzip.

Das Verursacherprinzip: Die Leistungsempfänger des Bildungsangebots müssen verstärkt zur Leistungsfinanzierung herangezogen werden, damit die Eigenverantwortlichkeit auch in diesem Bereich stärker betont wird. Es bedarf dazu keiner amerikanischen Verhältnisse. Aber nur schon angemessene Erhöhungen von Schul- und Studiengebühren in der Schweiz, die heute noch weit unter dem internationalen Durchschnitt liegen, dürften die meisten Finanzierungsprobleme lösen.

Dadurch werden weder die soziale Gerechtigkeit noch der Zugang zur Bildung für alle infrage gestellt. Von der Unentgeltlichkeit oder Fast-Unentgeltlichkeit unserer Bildung profitiert heute jedermann, unbesessen davon, ob er finanziell bedürftig ist oder nicht. Dies erscheint widersinnig. Ein aus-

gebautes Stipendienwesen kann hingegen soziale Ungerechtigkeiten verhindern.

Das Wettbewerbsprinzip: Bildungsinstitutionen - gerade Universitäten - müssen sich vermehrt um nichtstaatliche Finanzierungen, sogenannte Drittmittel, bemühen, und zwar im Wettbewerb mit- und gegeneinander. Dass dabei Privatpersonen sowie Unternehmen als Ansprechpartner im Vordergrund stehen, darf - ausser aus ideologischen Gründen - nicht stören.

Sponsoring ist nicht per se schlecht oder abzulehnen. Es gibt ausreichend Möglichkeiten, unangemessene Einflüsse auf die Universitäten abzuwehren und die Käuflichkeit von Lehrstühlen zu verhindern. Respekt sowie Anerkennung der privaten Sponsoren sollten jedoch ebenso selbstverständlich sein wie eine umfassende Transparenz, die Verhinderung von privaten Mitsprachen bei Professorenberufungen oder die Einflussnahme auf Forschungsfelder und Forschungsergebnisse.

Dass der Leistungsabbau im Bildungsbereich angesichts der starken Lobby politisch tatsächlich durchgesetzt wird, glaube ich nicht. Ein Leistungsausbau - sozusagen für alles und jedes - erscheint mir wenig sinnvoll. Mit dem Status quo können wir in der Schweiz ganz gut leben. Immerhin: Nicht alle Investitionen in die Bildung, gerade jene in Glas und Stahl (Stichwort: Bildungstempel), erscheinen wirklich bildungsbedingt. Dort gäbe es sicherlich Sparpotenzial. Investieren wir mehr in Menschen als in Gebäude!

Solche liberalen Ansichten sind heutzutage vielleicht noch nicht mehrheitsfähig. Und ich rechne durchaus mit Anfeindungen aus meinem beruflichen Umfeld. Selbst in der Rechtsfakultät der Universität Bern dürfte ich eher eine Minderheitsmeinung vertreten. Ich möchte zwar die heilige Kuh Bildung nicht schlachten und sie nur teilweise auf Diät setzen. Aber es bedarf doch nicht immer nur staatlicher Futtermittel! Das gilt übrigens auch für die meisten anderen heiligen Kühe.

Peter V. Kunz



Peter V. Kunz, 52, ist Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern und dort seit nunmehr drei Jahren auch Dekan der juristischen Fakultät. Kunz war bereits mit 24 Jahren Gemeinderat in Dulliken und mit 26 Jahren jüngster Solothurner Kantonsrat. Er gehörte fast 30 Jahre der FDP an, heute ist er parteilos.